

## Mündliche Anfragen

zur 6. Fragestunde

in der 28. Plenarsitzung vom 3. Februar 2022

- |   |  |
|---|--|
| <p>1. Anfrage des Abg.<br/>Thomas Dörflinger CDU</p> <p>Eingang: 30.11.2021</p>           | <p><b>Sachstand des Modellprojekts zum Bibermanagement nach bayerischem Vorbild im Landkreis Biberach</b></p> <p>a) Welche konkreten Schritte wurden bei der Umsetzung des Modellprojekts zum Bibermanagement nach bayerischem Vorbild mit Blick auf den zur Gebietskulisse gehörenden Landkreis Biberach bereits unternommen?</p> <p>b) Wie stellt sich der Sachstand zur Auswahl der am Modellprojekt beteiligten Städte und Gemeinden im Landkreis Biberach dar?</p>  |
| <p>2. Anfrage des Abg.<br/>Dr. Erik Schweickert<br/>FDP/DVP</p> <p>Eingang: 6.12.2021</p> | <p><b>Zusätzliche Zugpaare und weitere Fahrplanverbesserungen auf der Residenzbahn</b></p> <p>a) Aus welchen Gründen wurden die bereits im Oktober 2020 für den Dezember 2021 zugesagten zusätzlichen drei Zugpaare auf der Linie RB 17a zwischen Pforzheim und Karlsruhe nach der Insolvenz von Abellio trotz Aussagen des Verkehrsministers, laut denen es „keine Beeinträchtigungen“ für die Fahrgäste geben dürfe, zurückgestellt?</p> <p>b) Wann ist nach der Übernahme der Abellio Baden-Württemberg GmbH durch die Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) mit einer Einführung der bereits zugesagten zusätzlichen Zugpaare sowie gegebenenfalls weiterer zusätzlicher Verbesserungen in den Fahrplänen der gesamten Residenzbahn zu rechnen?</p> |
| <p>3. Anfrage des Abg.<br/>Raimund Haser CDU</p> <p>Eingang: 8.12.2021</p>                | <p><b>Lärmschutz in Baden-Württemberg</b></p> <p>a) Welche Möglichkeiten haben Gemeinden, Landkreise und andere Verkehrswegeträger, um Schutz gegen Verkehrslärm, insbesondere von Motorrädern, umzusetzen?</p> <p>b) Welche Erfolge konnte die Landesregierung, insbesondere der Lärmschutzbeauftragte und seine Nachfolgerin, beim Lärmschutz in den letzten Jahren erzielen?</p>  |

4. Anfrage des Abg.  
Friedrich Haag FDP/DVP  
Eingang: 16.12.2021
- Sicherheitslage rund um den Schlossplatz Stuttgart**
- a) Was unternimmt die Landesregierung seit der Stuttgarter Krawallnacht vor 18 Monaten, die deutschlandweit Aufsehen erregt hat, für die Sicherheitslage in Stuttgart, um ein solches Ereignis in Zukunft zu verhindern?
- b) Wie bewertet sie das derzeitige Bedrohungs- und Gewaltpotential, wie es von Gewerbetreibenden beklagt wird, durch Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dem erwähnten Bereich in den Abend- und Nachtstunden?
5. Anfrage des Abg.  
Ruben Rupp AfD  
Eingang: 7.1.2022
- Coronastrategie und Pandemiepolitik der Landesregierung**
- a) Wieso hat sich die Landesregierung in den Jahren 2020 und 2021 auf eine Strategie der Kontaktbeschränkungen und des Lockdowns festgelegt, statt sich auf die Erhöhung der Intensivkapazitäten und die damit verbundene Erhöhung der monetären und arbeitsrechtlichen Anreize zu fokussieren, wenn die Intensivkapazitäten innerhalb dieser zwei Jahre 2020 und 2021 hätten erhöht werden können?
- b) Glaubt die Landesregierung weiterhin, dass durch das pauschale Durchimpfen aller Bürger, unabhängig von Altersgruppe und Risikogefährdung, die Coronapandemie gestoppt werden kann, obwohl in anderen Staaten wie Portugal trotz hoher Impfquote (fast 90 %) im Dezember 2021 erneut einschränkende Coronamaßnahmen getroffen werden mussten?
6. Anfrage des Abg.  
August Schuler CDU  
Eingang: 10.1.2022
- Einbeziehung der Fährverbindung des Katamarans Friedrichshafen–Konstanz in das BW-Ticket**
- a) Wie sind der Planungsstand und die weitere Vorgehensweise für die Einbeziehung der Flotte der Katamaran-Reederei Bodensee GmbH & Co. KG in das BW-Ticket?
- b) Mit welchen finanziellen Einbußen haben die Gesellschafter der Katamaran-Reederei Bodensee GmbH & Co. KG bei einer Beteiligung am BW-Ticket zu rechnen?
7. Anfrage des Abg.  
Nikolai Reith FDP/DVP  
Eingang: 21.1.2022
- Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Baden-Württemberg angesichts der Reform des SGB VIII**
- a) Wie ist der aktuelle Sachstand zur Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Baden-Württemberg, die angesichts der Reform des SGB VIII auf Bundesebene notwendig wird?
- b) Wird die Novellierung die Gleichbehandlung privatgewerblicher Träger durch die Aufnahme in den Landesjugendhilfeausschuss beinhalten?
8. Anfrage des Abg.  
Gernot Gruber SPD  
Eingang: 24.1.2022
- Straßenzustand im Rems-Murr-Kreis**
- a) Wann werden die Ergebnisse der mehrfach verschobenen Straßenzustandserfassung 2020 für Landesstraßen vorgelegt?
- b) Ist gewährleistet, dass in der 15. und 16. Wahlperiode versprochene Sanierungsmaßnahmen in dieser Wahlperiode im Rems-Murr-Kreis durchgeführt werden?

9. Anfrage der Abg.  
Katrin Steinhölb-Joos SPD

Eingang: 27.1.2021

**Längerfristige und kontinuierliche Bereitstellung von Fachkräften an den Schulen**

- a) Warum werden derzeit bei der unbefristeten Neuanstellung pädagogischer Assistentinnen und Assistenten – außerhalb des Programms „Rückenwind“ – Lehrkräfte im gleichen Umfang von der betreffenden Schule abgezogen und dadurch faktisch Neueinstellungen der Assistentinnen und Assistenten, die für Unterstützung sorgen würden, verhindert?
- b) Sieht das Ministerium eine Entkopplung bei der Ausschreibung und Einstellung von pädagogischen Assistentinnen und Assistenten vom Deputat der Schulen als kurzfristiges Mittel zur Abfederung des Lehrkräftemangels?

10. Anfrage der Abg.  
Dr. Dorothea Kliche-Behnke  
SPD

Eingang: 31.1.2021

**Landeszuschuss Kinderwunschbehandlung**

- a) Wie rechtfertigt es die Landesregierung, dass ungewollt kinderlose Paare in Baden-Württemberg nicht die Möglichkeit haben, einen Zuschuss zur Kinderwunschbehandlung zu bekommen, weil sich Baden-Württemberg, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, bisher nicht an der Kofinanzierung der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ beteiligt?
- b) Beabsichtigt sie in absehbarer Zeit, wie zwölf andere Bundesländer, der Bundesinitiative beizutreten und damit nicht mehr an ihrer Stellungnahme zu Ziffer 6 der Landtagsdrucksache 16/6787 festzuhalten, wonach eine Länderbeteiligung zur Verringerung des Elternanteils ihrer Ansicht nach weder systemgerecht noch erforderlich sei?